



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
HEIDELBERG

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 12 (1984)

DOI: 10.11588/fr.1984.0.51465

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

EINE WIRKLICH »KONSEQUENTE FRIEDENSPOLITIK« ?

Die österreichische Außenpolitik im Spiegel ihrer Akten zur Geschichte des Krimkrieges *

Im Krimkrieg, dem einzigen »Krieg von gesamteuropäischen Dimensionen«¹ in dem Jahrhundert zwischen den Napoleonischen Kriegen und dem Ersten Weltkrieg, ist das »System Metternich« zu Grunde gegangen, das dem Kontinent in seiner Restaurationsepoche eine relativ gleichgewichtige Ruhe beschert hatte. Hervorgerufen durch Rußlands provozierenden Angriff auf das Osmanische Reich, um sich die Erbschaft des »kranken Mannes am Bosphorus« rechtzeitig zu sichern, bildete der Krimkrieg den dramatischen Wendepunkt in den nunmehr auch von Frankreich mitbestimmten Beziehungen der großen Mächte zueinander. »Der Krimkrieg stellte trotz der leidenschaftlichen Anteilnahme der öffentlichen Meinung in allen Lagern nach seiner diplomatischen Vorgeschichte sowie nach seiner militärischen Durchführung den klassischen Fall eines Kabinettskrieges dar«². In Frankreichs Interesse vor allem hatte es gelegen, die Heilige Allianz der konservativen Ostmächte zu sprengen, und Rußland hatte den willkommenen Anlaß dazu gegeben. Indes war auch Österreich daran interessiert, sich aus der Abhängigkeit Rußlands zu lösen, in die es sich durch dessen Inanspruchnahme bei der Niederschlagung der Revolution in Ungarn begeben hatte. Buol rechtfertigte seine gegen Rußland gerichtete Politik mit dem Satz: »Das unterm Namen der Heiligen Allianz bezeichnete Bündnis hat die russische Politik mit Leichtsinn und Hochmuth zerrissen«³. Vergeblich hatte Kaiser Franz Joseph wiederholt an die dynastische Solidarität appelliert und sich gegenüber Rußland für die Erhaltung des Osmanischen Reiches ausgesprochen: »Aber vergessen wir auch nicht, daß die heutige christliche Welt einen schlimmeren Erbfeind hat als die Türken. Dieser Feind aller göttlichen und menschlichen Ordnung ist die Revolution«, schrieb er an seinen »theuersten Oheim, Bruder und Freund« Friedrich Wilhelm IV. von Preußen⁴.

Vor dem Hintergrund des englisch-russischen Weltgegensatzes überlagerten sich in der europäischen Türkei die russische und die österreichische Einflußsphäre von Beginn der Orientalischen Frage an, »der langwierigsten und vertracktesten internationalen Frage des 19. Jahrhunderts«, auf die immer wieder eine Antwort gesucht wurde, für die aber keine befriedigende Lösung gefunden werden konnte, so daß die an ihr beteiligten großen und kleinen Mächte den Schüssen von Sarajewo, die das Pulverfaß des Balkans zur Explosion brachten, schließlich hilflos gegenüberstanden. Längst zuvor waren die letzten Sicherungen zur diplomatischen Bewältigung eines solchen Krisenfalles zwischen Rußland und Österreich durchgebrannt. Von daher gesehen darf man durchaus von der säkularen Dimension der »Realpolitik«

* Österreichische Akten zur Geschichte des Krimkriegs. Band 1–3. Hrsg. von Winfried BAUMGART, München, Wien, R. Oldenbourg Verlag 1979–1980 (= Akten zur Geschichte des Krimkriegs. Serie I). 2447 S.

1 Akten. Band 1, S. 7.

2 Walter BUSSMANN, Das Zeitalter Bismarcks. 4. Aufl. Frankfurt 1968, S. 26 (= Handbuch der Deutschen Geschichte. Band 3, 2. Teil).

3 Akten. Band 2, S. 461.

4 Ebd. Band 1, S. 251.

des Krimkrieges sprechen⁵. Für Winfried Baumgart ist der Krimkrieg dank Österreichs Haltung ein »unvollendeter, unausgefochtener Weltkrieg« gewesen und als solchen hat er ihn in die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges eingeordnet, in der sich allerdings ein tiefgreifender Wandel in der europäischen Mächtekonstellation vollzogen hatte. Der Begriff des »Weltkrieges« ist dem 19. Jahrhundert schon geläufig gewesen.

Kein Abschnitt der österreichischen Geschichte im 19. Jahrhundert sei bis in die jüngste Gegenwart hinein so gründlich mißdeutet worden wie die Periode des Krimkrieges, stellte Baumgart in seiner vor über einem Jahrzehnt erschienenen Monographie über den Pariser Frieden von 1856 fest, nachdem er sich mit den Problemen des Krimkrieges bereits in einem Forschungsbericht auseinandergesetzt hatte⁶. Den »mühsamen Anstrengungen«, deren es damals noch bedurfte, um den »durch jahrzehntelang tradierte Fehltritte« verschütteten Weg zum besseren Verständnis der österreichischen Position und vornehmlich der Haltung des Ministers des Äußeren, Karl Ferdinand Grafen Buol-Schauenstein⁷, auf der Basis neuer Quellen freizulegen, hat sich Baumgart inzwischen selbst unterzogen. Gemeinsam mit den ihre Bände selbst verantwortenden Bearbeitern Ana María Schop Soler (Band 1: 27. Dezember 1852 bis 25. März 1854) und Werner Zürer (Band 2: 30. März 1854 bis 9. September 1855) hat der Herausgeber, der selbst den dritten Band (10. September 1855 bis 24. Mai 1856) erstellte, unter dem leitenden Gedanken, »die österreichische Außenpolitik im Geflecht der Beziehungen zu den übrigen Großmächten zu dokumentieren«, eine in jeder Hinsicht mustergültige Edition vorgelegt, die im übrigen auch eine Reihe von mittleren und kleineren Staaten einbezieht, insofern sie eine »katalytische« Rolle zu spielen vermochten. Die Namen, Sachverhalte und Ereignisse erhellende Kommentierung genügt strengsten kritischen Maßstäben, und ein vorzügliches Personen- und Sachregister ermöglicht den direkten Zugang zu Fragen und Problemen, die sich aus der Sicht Österreichs im Krimkrieg stellten. Die über 1300 Aktenstücke, hauptsächlich aus dem Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv, wurden, mit Regesten versehen, grundsätzlich im vollen Wortlaut abgedruckt. Das Kriterium der Auswahl, nach dem sich der Herausgeber und die Bearbeiter nicht allein auf die diplomatischen Korrespondenzen beschränkten, sondern auch den inneren, Militär, Wirtschaft und Finanzen betreffenden Schriftverkehr berücksichtigt haben, insoweit er für den außenpolitischen Planungs- und Entscheidungsprozeß von Belang war, dürfte sich für die Forschung als besonders wertvoll erweisen. Hervorzuheben wären hier vornehmlich die Memoranden der daran beteiligten Akteure.

Es dürfte sich von selbst verstehen, daß die außenpolitischen Beratungen im Spiegel des Binnenlaufes der Akten besonders aufschlußreich sind, denn die Motive und Intentionen der handelnden Personen kommen hier ursprünglich und »undiplomatisch« zum Ausdruck. Wenn auch der Diplomat die Interessen seines Landes einseitig nach den Instruktionen seines Außenministers zu vertreten und die Absichten der Regierung, bei der er akkreditiert ist, nach eigener Ansicht einzuschätzen und zu übermitteln hat – so hat der Historiker die wechselseitigen Interessen der Staaten nach Maßgabe deren unterschiedlicher bzw. gegensätzlicher Ziele im Rahmen vorgegebener Zwecke und dafür eingesetzter Mittel zu betrachten und zu würdigen. Aus diesem Grunde wäre es zu wünschen, wenn Baumgart seinen großen Plan, auch die diesbezüglichen Akten französischer und englischer Provenienz zu veröffentlichen, doch noch

5 Vgl. S. A. KAEHLER, »Realpolitik« zur Zeit des Krimkrieges – Eine Säkularbetrachtung, in: *Historische Zeitschrift* 174 (1952) S. 417–478.

6 Winfried BAUMGART, *Der Friede von Paris 1856. Studien zum Verhältnis von Kriegführung, Politik und Friedensbewahrung*. München, Wien 1972, S. 65 (auch in englischer Übersetzung: *The Peace of Paris 1856. Studies in War, Diplomacy, and Peacemaking*. Santa Barbara, Oxford 1981). – DERS., Probleme der Krimkriegsforschung. Eine Studie über die Literatur des letzten Jahrzehnts (1961–1970), in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 19 (1971) S. 49–109, 243–264, 371–400.

7 Eine Biographie fehlt noch immer, siehe Wurzbach, *ÖBL*, *ADB*.

verwirklichen könnte. Gerade am Gegenstand der Politik und Diplomatie des Krimkrieges – auf dem »harten Weg zum Frieden« (Etzioni) – ließe sich eine multiperspektivische Geschichtsforschung und -schreibung unter einem gesamteuropäischen Gesichtspunkt beispielhaft erproben. Von Rußland wird dabei abgesehen werden müssen, zumal sowjetische Historiker inzwischen selbst eine Edition der Akten zur auswärtigen Politik im 19. Jahrhundert in Angriff genommen haben. Die preußischen Akten zur Geschichte des Krimkrieges befinden sich bereits auf dem Wege der Bearbeitung, so daß diese Lücke der Forschung bald geschlossen sein dürfte.

Es kann und soll im folgenden nicht mehr als angedeutet werden, zu welchen – mitunter durchaus kontroversen – Ergebnissen Baumgart und die Bearbeiter in ihren Interpretationen der österreichischen Akten zur Geschichte des Krimkrieges gekommen sind, die in ihren Grundzügen als bekannt vorausgesetzt werden darf. Hatten Friedjung und Srbik, auf die von Baumgart ausdrücklich Bezug genommen wird, noch die Auffassung von einer »Expansions- und Schaukelpolitik« Buols vertreten, so glaubt er diesem nunmehr eine »konsequente Friedenspolitik« bescheinigen zu können⁸. Dieses Ergebnis ist für Baumgart der »alles überragende neue Gesichtspunkt« seiner Edition. Wenn Buol auch die Durchführung der Außenpolitik zu vertreten hatte, so lassen die Akten doch klar erkennen, daß der Kaiser den Vorrang der Entscheidung sich nicht nehmen ließ. Dabei räumt Baumgart ein, daß Österreich den kleinen Krieg, nämlich einen militärischen Zusammenstoß mit Rußland in den Donaufürstentümern, durchaus in Kauf genommen hätte, indes nur, um den großen, den Weltkrieg, zu verhindern. Weder Rußland noch den Westmächten ist es bekanntlich gelungen, Österreich zum Kriegseintritt zu verleiten, da Preußen und die deutschen Bundesstaaten nicht dazu bereit waren, ihren Standpunkt einer strikten Neutralität zu verlassen. Es muß dahingestellt bleiben, ob es sich bei Österreichs bewaffneter Anlehnung an Frankreich und England um die »einzige Alternative« gehandelt hat. Buols Gegenspieler Bruck jedenfalls erblickte in der Abwendung von einer deutschen Mitteleuropapolitik eine »verpaßte Alternative«. Auch Baumgart leugnet keineswegs die Möglichkeit einer unabhängigen, neutralen Krimkriegspolitik Österreichs zwischen Ost und West bei enger Bindung an Preußen und den Deutschen Bund. Dieses Konzept wäre indes nur unter der Voraussetzung tragbar gewesen, daß Österreich dem preußischen Rivalen eine prinzipielle Gleichberechtigung in der deutschen Frage zugestanden hätte. »Zu diesem Opfer war es jedoch nicht bereit.« Um zu ermessen, wie sehr sich Baumgart in Übereinstimmung mit dem von Schroeder konstatierten »zutiefst defensiven Charakter« der österreichischen Außenpolitik⁹ von der Einschätzung Friedjung und Srbiks abhebt, muß noch einmal an deren Urteile erinnert werden; wenn ihnen auch die Akten noch nicht in dieser archivalischen Fülle zur Verfügung standen, so konnten doch auch sie schon aus diplomatischen Korrespondenzen, Tagebüchern und Memoiren schöpfen.

Für Heinrich Friedjung¹⁰ bestand der entscheidende Fehler der Buolschen Außenpolitik darin, daß sie zu einem Bündnis mit Frankreich drängte, um sich auf Kosten Rußlands der Herrschaft an der unteren Donau bis zum Schwarzen Meer zu bemächtigen; sie habe nach dem Protektorat über die Moldau und die Walachei gestrebt. Nach der sommativ erzwungenen Räumung der Donaufürstentümer durch die Russen habe Österreich einen Ausgleich mit dem Zarenreich nicht nur versäumt, sondern geradezu abgewiesen. Buols Methode »drängte, ob er es sich selbst eingestand oder nicht, zum Kriege mit Rußland – zu einem gefährlichen, unnützen

8 Winfried BAUMGART, Die Aktenedition zur Geschichte des Krimkriegs. Eine Zwischenbilanz auf Grund der österreichischen Akten. In: Ostmitteleuropa. Berichte und Forschungen. Hrsg. von Ulrich Haustein u. a. Stuttgart 1981, S. 217–236.

9 Paul W. SCHROEDER, Austria, Great Britain, and the Crimean War. The Destruction of the European Concert, Ithaca/London 1972: »Whole many circumstances contributed to controlling the war, only Austria among the great powers worked effectively and steadily toward this end« (S. 398).

10 Der Krimkrieg und die österreichische Politik 2. Aufl. Stuttgart, Berlin 1911.

und selbst wenn er glücklich ausfiel, neue Verwicklungen schaffenden Zusammenstoße«. Nur dem Kaiser Franz Joseph sei es schließlich zu verdanken gewesen, daß Österreich dieser Waffengang mit einer möglicherweise daraus folgenden Niederlage erspart geblieben sei. Im Lichte der Ergebnisse seiner Politik betrachtet, hat Buol für Friedjung »unter seiner Aufgabe« gestanden. Darin vermochte Heinrich Ritter von Srbik¹¹ ihm durchaus beizupflichten, indes betonte er in Kenntnis einer Unterredung zwischen Buol und dem Grafen Leo Thun noch entschiedener, der Außenminister »arbeitete bewußt auf den Krieg hin und wollte nur Österreich nicht den ersten Kanonenschuß gegen Rußland abfeuern lassen«. Der Außenminister habe den »kühnen Plan« gehegt, die Orientalische Frage endgültig im österreichischen Interesse zu lösen und damit den russischen Druck auf die Ostflanke der Monarchie und auf Mitteleuropa »ein für allemal zu beseitigen«. Srbik warf Buol vor, daß dieser die Möglichkeit »einer festen Einigung mit Preußen, die damals zu erreichen war, nicht genügend einschätzte und stattdessen versuchte, Preußen und Deutschland der von ihm vertretenen Südostexpansion Österreichs dienstbar zu machen«. Maßgebend für Srbik ebenso wie für Friedjung war letzten Endes, daß im Krimkrieg Österreichs deutsche Politik gescheitert ist, in der sie in Übereinstimmung mit dem österreichischen Internuntius in Konstantinopel, dem Freiherrn von Bruck, die »einzige Alternative« erblickten, mag Österreich auch noch so legitime Interessen in Südosteuropa gehabt haben, die Preußen um so ferner liegen mußten.

Um eine Revision dieser Verurteilung der österreichischen Außenpolitik im Krimkrieg durch die deutsch-nationale bzw. »gesamtdeutsche« Geschichtsschreibung war schon Bernhard Unckel¹² in Abwägung der von ihm befragten Dokumente bemüht. Dabei konnte er sich nicht dazu entschließen, Buol und Franz Joseph eine »konsequente Friedenspolitik« zuzuschreiben; er sprach ihnen einen Friedenswillen zwar nicht ab, sie wären aber beide auch dazu bereit gewesen, »um der großen außenpolitischen Ziele willen das Risiko eines Krieges in Kauf zu nehmen«. In der Verknüpfung der Traditionen des vormärzlichen Bewahrens des Gleichgewichtes der großen Mächte durch Metternich und des von diesem herbeigeführten und eingehaltenen Ausgleichs der österreichischen und preußischen Interessen auf der Basis des Deutschen Bundes einerseits und der nachmärzlichen Dynamik der großösterreichischen und mitteleuropäischen Orientierung Schwarzenbergs andererseits hätte die Wiener Außenpolitik ihr Ziel unverändert darin gesehen, »die Stellung der Monarchie in Deutschland, in Italien und in Südosteuropa zu erhalten, zu festigen und nach Möglichkeit auszubauen«. An der Verfolgung dieser Ziele sei die österreichische Außenpolitik gescheitert, daran nämlich, »daß sie zu viel zur gleichen Zeit habe erreichen wollen«. Sie sei zu Fall gekommen über ihre eigene – Schwarzenbergs – Ideologie der »Identität österreichischer, deutscher, ja europäischer Interessen«. Mit Nachdruck wies Unckel indes auch auf innenpolitische Konditionierungen dieser Außenpolitik hin, vor allem auf den desolaten Zustand der Gesellschaft und der Finanzen. Das Fiasko eines Staatsbankrotts sei nur noch mit Hilfe westlicher Anleihen zu verhindern gewesen. Auch aus den von Baumgart vorgelegten Akten geht unbestreitbar hervor, daß die Armee- und Rüstungsausgaben die Leistungskraft des Staates bei weitem überforderten. Das Defizit im Haushalt war durch Steuern nicht mehr zu decken.

Auf Grund der vorliegenden Akten kann es kaum mehr einen Zweifel darüber geben: »In dem Ringen um den Kurs der österreichischen Politik spielten finanzpolitische Maßnahmen, Erwägungen und Argumente eine gewichtige Rolle, in der die objektive Auslandsabhängigkeit Österreichs ihren Ausdruck findet«, wie aus Brandts minutiöser Untersuchung¹³ diesbezüg-

11 Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz. Band 2. München 1935.

12 Österreich und der Krimkrieg. Studien zur Politik der Donaumonarchie in den Jahren 1852–1856. Lübeck, Hamburg 1969 (= Historische Studien 410).

13 Harm-Hinrich BRANDT, Der österreichische Neoabsolutismus. Staatsfinanzen und Politik 1848–1860. Band 2. Göttingen 1978 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Schrift 15).

cher Zusammenhänge hervorgeht. Die Aussicht, mit einer Annäherung an die Westmächte die Gelder – den für Österreichs Armee und Rüstung so dringend benötigten »Gold- und Silberstrom« – aus Paris und London zu erhalten, dürfte wohl letztlich den Ausschlag für die spektakuläre Hinwendung Österreichs zur französisch-englischen Allianz gegeben haben. Als ein diese Vermutung stützendes Dokument führt Brandt eine Information Metternichs an den Reichsratspräsidenten Kübeck vom 21. November 1854 an¹⁴, der im Gegensatz zu Innenminister Bach aus politischen und militärischen Gründen in den Ministerkonferenzen vor einem Verlassen der Position strikter Neutralität gewarnt hatte. Auf dieses »Schlüsseldokument«, das sich auf die vorangegangene – entscheidende – Ministerkonferenz vom 17. November bezieht und von der kein Protokoll vorhanden ist, wird im Kommentar der Akten nicht Bezug genommen. Wenn es Brandt auch nicht darum gehen konnte, »die kontrovers geführte Diskussion um die Ziele der österreichischen Krimkriegspolitik aufzugreifen und zur Klärung der Frage beizutragen, ob das Verhalten der Habsburgermonarchie der Interpretation Schroeders und Baumgarts folgend in der Kontinuität Metternichscher Maximen der Friedenswahrung, machtpolitischer Enthaltensamkeit und der Wiederherstellung des Konzerts der Mächte zu sehen ist, oder ob sich gemäß Unckels Ansatz mit der Durchsetzung des antirevolutionären Militärabsolutismus im Innern auch eine Formveränderung der Außenpolitik verband, das nunmehr ebenfalls von der säkularen Wende zur (gerade auch innenpolitisch motivierten) Expansions- und Erfolgspolitik wenigstens ansatzweise mitbestimmt wurde«, so darf er doch für sich in Anspruch nehmen, die Diskrepanz zwischen dem Machtanspruch und den Machtmitteln des Kaiserstaates nachgewiesen und damit die tatsächliche Ohnmacht Österreichs aufgezeigt zu haben, welche der Außenpolitik von vornherein Zurückhaltung auferlegte. Auch Baumgart hat aus seiner Kenntnis der Akten den Eindruck gewonnen: »Das Bewußtsein von der Verwundbarkeit des Reiches im Innern und nach außen an allen Enden (Rußland, Balkan, Italien, Deutscher Bund, Preußen) war in der österreichischen Staatsführung allgemein vorhanden.« Diese Ohnmacht des Vielvölkerreiches, die sich in den Kriegen von 1859 und 1866 offenbaren sollte^{14a}, schränkte den außenpolitischen Handlungsspielraum Buols viel stärker ein, als er dies im diplomatischen Verkehr zugeben durfte, wenn er sich nicht vollends die Hände binden lassen wollte. Seine Handlungsfreiheit war eine äußerst beschränkte. Baumgart spricht zu recht vom »Verwirrspiel mit der österreichischen Kriegsbereitschaft«, von der bei den Generalen, wie Feldzeugmeister Hess, unter den obwaltenden Umständen, d. h. ohne militärischen Beistand Preußens, keine Rede sein konnte. Die Memoranden von Hess legen davon ein beredtes Zeugnis ab. Indes dürfte die Frage Buols, »haben Sie denn wirklich geglaubt, daß Österreich je ernstlich daran gedacht habe, sich mit Rußland in einen Krieg einzulassen«¹⁵, in diplomatischer Absicht an den sächsischen Ministerpräsidenten Beust gerichtet worden sein.

Die Kursbestimmungen der österreichischen Außenpolitik lassen sich am besten in den drei Phasen verfolgen, an denen sich auch die einzelnen Bände der Edition der Akten orientieren. Es ist Schop Soler anfangs durchaus zuzustimmen, daß Buol bis zum März 1854 den Krieg – den England und Frankreich Rußland am 28. März erklärten – »unter allen Umständen« habe vermeiden wollen, zumal man darauf militärisch gar nicht vorbereitet war. »Wir suchen nach allen Seiten zu beschwichtigen, und vor allem eine europäische Complication, die vor allem auf uns lasten würde, zu vermeiden. Wir sind nicht in der Verfassung, einen solchen Kampf zu bestehen«¹⁶, schrieb Buol an den österreichischen Bundestagsgesandten Prokesch. Bei Kaiser Franz Joseph war die Furcht vor einer Revolution nach den Erfahrungen von 1848/49, als die Schwäche der Armee so eklatant zu Tage getreten war, zudem größer als der Wunsch nach einer

14 Ebd. S. 707, aus dem gedruckten Nachlaß Kübecks.

14a Vgl. Kurt BORRIES, Zur Politik der deutschen Mächte in der Zeit des Krimkrieges und der italienischen Einigung, in: Historische Zeitschrift 151 (1935) S. 294–310.

15 Akten. Band 3, S. 194.

16 Ebd. Band 1, S. 233.

Neuordnung des Orients, zu der Österreich die Kraft doch gänzlich fehlte. Gleichwohl schloß er eine Teilung des Osmanischen Reiches zwischen Österreich und Rußland nicht aus, wobei er an eine »thatsächliche Inkorporation« der einzelnen Provinzen dachte, indes ein gemeinsames russisch-österreichisches Protektorat über die Donaufürstentümer wohlweislich abgelehnt hat. Die Leiningen-Mission in der montenegrinischen Krisis spricht für Schop Soler dafür, daß Buol, den sie für den »Architekten« der österreichischen Vermittlungspolitik hält, an der Stützung des Osmanischen Reiches interessiert gewesen sei, »nicht aus Vorliebe für dasselbe, sondern weil es [Österreich – J. K.] durch jede andere Nachbarschaft Schaden erleiden und durch seine Territorial Vergrößerung auf dessen Unkosten nichts gewinnen würde«, wie ihm Metternich schrieb¹⁷, der die Vorgänge als »Beobachter in der Loge« (Srbik) aufmerksam verfolgte. Als angesichts des drohenden Zerfalles der Türkei »der Weltfrieden nur noch an einem Haare« hing, bezog Buol im Januar 1854 gegen ein weiteres russisches Vordringen deutlich Stellung: »Österreich schließt sich dann den Reihen jener Mächte an, die diesen Eroberungsgelüsten mit den Waffen in der Hand entgentreten«, denn er hielt es nun nicht mehr für ratsam, wie er dem Kaiser am 21. März erklärte, sich weiterhin auf eine »rein zuwartende Neutralität« zu beschränken. Buol riet zum sofortigen Eintritt Österreichs in den Krieg, denn es sei »nunmehr die Epoche der bisherigen Vermittlungsversuche gänzlich geschlossen«. Der russisch-türkische Krieg beeinträchtige die lebenswichtigen Interessen Österreichs und erzwingt gleichsam eine Allianz mit den Westmächten. Der Augenblick sei gekommen, um »der orientalischen Verwicklung, die stets wie das Schwert des Damokles über den Geschicken Österreichs schwebte, eine voll gültige Lösung zu geben, es möge nun dem türkischen Reiche vorbehalten bleiben noch fortzubestehen, oder der Moment seines Zerfalls gekommen sein«¹⁸. Mit seinem Drange, diese für Österreich vermeintlich so günstige Gelegenheit ergreifen zu müssen und den gebotenen Moment des Handelns nicht versäumen zu dürfen, vermochte sich Buol im Ministerrat jedoch nicht durchzusetzen. Während er in Rußlands »Ehrgeiz« und Preußens »Beruf« zwei für Österreich »gefährliche Tendenzen« erblickte und daher auf die Westmächte setzte, drängten die an die antirevolutionäre »Bürgschaft der Eintracht« mit Rußland und Preußen zurückdenkenden Generale zum vorherigen Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen und dem Deutschen Bunde, das am 20. April 1854 dann auch zustande kam, durch das sich Buol aber auf eine defensive Kriegsführung keinesfalls festlegen lassen wollte. Er hoffte vielmehr, Preußen und die Mittelstaaten auf seine Linie herüberziehen zu können, denn für ihn hatte die Aufgabe des Kaiserstaates noch immer darin zu bestehen, »den deutschen Fürsten und ihrer Politik den Impuls zu geben und die Richtung vorzuzeichnen, nicht aber letztere von dort zu empfangen«. Bismarck hatte das »Dritte Deutschland« in diesem Falle auf seiner Seite, wenn er erklärte: »Die Konvention mit Österreich wird den Beifall der deutschen Regierungen in dem Maße haben, als sie Garantien gegen die Wiener Kriegsbestrebungen bietet, und man wird von uns erwarten, daß wir diese Garantien handhaben.« Es begann ein langes Tauziehen um die militärische Unterstützung österreichischer Südosteuropapolitik, der sich Preußen und der Deutsche Bund jedoch entschieden versagten, da sie den motivierten Standpunkt einer strikten Neutralität »in jeder Richtung« einzuhalten gedachten. Buols Versuch, die Orientalische Frage zu »germanisieren«, ist gescheitert.

Kaiser Franz Joseph und seine Berater seien durchaus dazu bereit gewesen, ihre Ziele »notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen«, wie Zürrer in seiner Einleitung zum zweiten Bande bemerkt. Denn Buol war der festen Überzeugung, »gibt Rußland um keinen Preis nach, dann strebt es nach der Weltherrschaft«. Die von Österreich an Rußland gerichtete Sommatation vom 3. Juni, die zur russischen Räumung der Donaufürstentümer führte, hätte durchaus ein

17 Ebd. S. 21, Anm. 7.

18 Ebd. S. 688–693.

»Kriegsrisiko« in sich geborgen, zumal man in Wien dem Wunsche St. Petersburgs nach Verhandlungen und Absprachen des Vorgehens nicht entgegenzukommen gewillt war. Die österreichische Besetzung der Donaufürstentümer bildete ein Kernstück der Buolschen Balkanpolitik. In seinen Augen handelte es sich hier um eine »Lebensfrage für Österreich«. Die österreichische Generalmobilmachung vom Oktober ging auf ihn zurück; erst unter dem Druck der Militärs wurde sie wieder zurückgenommen, da sie vor einer Kollision mit Rußland zurückschreckten. Buol drängte umso mehr auf den Abschluß eines Bündnisses mit den Seemächten, um aus dem »verwickelten Umstände, daß wir die Gegner Rußlands vorstellen, ohne im Kriege mit ihm zu seyn, und die Freunde der Seemächte, ohne uns ihren Alliierten nennen zu wollen«¹⁹, endlich herauszukommen. Vergebens warnte Hess vor dieser Allianz, von der er ahnte, daß sie »ganz Europa umwirft«. Er fragte sich, wie die Karte Europas nach der »Zerrüttung von ganz Europa« aussehen sollte, nachdem »ein so ungeheurer Geldaufwand von Milliarden nur durch neuen Landbesitz jedes einzelnen Alliierten ersetzt werden kann«²⁰. Auf der Einigkeit mit Preußen beruhte für Hess Österreichs ganzes System. Was die Gestaltung Europas betraf, so verfügte Buol im Gegensatz zu dem politischen General über eine eher schemenhafte Konstruktion.

Wird die Behauptung des russischen Historikers Petrov, daß Österreich im Jahre 1854 zu keiner Zeit einen Kriegseintritt erwogen habe, sondern »sich nur auf Demonstrationen beschränkte, welche den einzigen Zweck hatten, uns [die Russen – J. K.] zu nöthigen und dadurch einen schnellen Friedensschluß in Europa zu ermöglichen«, durch die hier vorgelegten Akten unterstützt, modifiziert oder widerlegt? – fragt Zürrer. Und man wird weiter zu fragen haben, ob Österreich durch das Abrücken von Rußland und durch den Abschluß der Offensiv- und Defensiv-Allianz mit den Westmächten vom 2. Dezember 1854 diesen eine Fortsetzung des Krieges überhaupt erst ermöglicht habe. Denn Rußland schien doch vor dieser »Revolution in den außenpolitischen Beziehungen Österreichs« (Buol) erklärtermaßen dazu geneigt gewesen sein, auf das Vier-Punkte-Programm der Wiener Note vom 8. August ernsthaft einzugehen und damit auf die beanspruchte Schirmherrschaft über die christlichen Untertanen der Hohen Pforte in den Donaufürstentümern und in Serbien zu verzichten, die Donaumündungen freizugeben und den Meerengenvertrag von 1841 zu revidieren. Österreich kann von der Verantwortung dafür wohl nicht gänzlich freigesprochen werden, diese russischen Zugeständnisse nicht ernst genug geprüft zu haben. Der sächsische Ministerpräsident Beust zeigte sich überrascht, denn »nach der von Rußland zugesagten unbedingten Annahme der 4 Punkte haben wir erwartet, daß Österreich den Seemächten Vorschläge zur Einstellung der Feindseligkeiten und Eröffnung von Unterhandlungen machen würde, statt dessen kommt uns die Nachricht von dem bevorstehenden Abschluß der triple alliance; mit welchem Vertrauen kann Rußland auf uns sehen, wenn man die Nachgiebigkeit, welche dasselbe durch Annahme der 4 Punkte zeigte, auf diese Art beantwortet«²¹. Beust stand mit dieser Einsicht im Deutschen Bunde nicht allein, der sich bis zur Unverträglichkeit belastet sah. Dadurch, daß »vom kaiserlichen Cabinet eine für Rußland unannehmbare präcisierung eines der Garantie-Punkte zugestimmt worden sey«, seien auch die Friedenshoffnungen der hannoverschen Regierung völlig verschwunden, wie vom dortigen Gesandten verlautete. Nicht nur Überraschung, sondern »Entrüstung« herrschte in Berlin, wo man diesen Akt als »Kriegserklärung gegen Rußland« aufgefaßt habe, wie G. Esterházy nach Wien zu berichten wußte. Preußen und die deutschen Mittelstaaten fühlten sich von der österreichischen Geheimdiplomatie brüskiert, die ihren Interessen auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes diametral zuwiderlief. Wir müssen es bei diesen Andeutungen bewenden lassen, die Edition der österreichischen Akten regt dazu an, diese Dinge neu zu durchdenken; sie werfen ein grelles Licht auf Österreichs deutsche Hegemonialdiplomatie.

19 Ebd. Band 2, S. 460.

20 Ebd. S. 553–559.

21 Ebd. S. 923.

Nach dem Scheitern der Wiener Konferenzen vom Mai bis Juni 1855 hat ein russischer Diplomat ganz richtig vorausgesehen, »daß unter allen Staaten Oesterreich aus der vorliegenden Komplikation mit dem größten Nachtheile hervorgehen würde, indem das Vertrauen aller Theile in dasselbe geschädigt wäre«²². Schließlich hatte Österreich auch die Erwartung der Westmächte enttäuscht, indem sich diese von Wien militärisch im Stich gelassen fühlten. Durch die Reduktion seiner Streitkräfte justament zu dem Zeitpunkt, als die Seemächte Rußland im Ringen auf der Krim die Entscheidungsschlacht lieferten, schloß sich Österreich aus dem Kreis der mitbestimmenden Mächte bei den Pariser Friedensverhandlungen gleichsam selbst aus. Es wird Zürrer bei seinem Urteil über Buols Außenpolitik kaum widersprochen werden können, wenn er zu dem Schluß kommt: »Aus Mangel an objektiven Analysen der Gegner und Partner Österreichs verstrickte sich die Wiener Diplomatie 1854/55 in einem Netz von Fehlurteilen, das nicht zuletzt für ihre Mißerfolge im Jahrzehnt nach dem Krimkrieg verantwortlich war.«

Angesichts des österreichisch-französischen Memorandums vom 14. November 1855, dem ersten Friedensschritt nach dem Abbruch der Wiener Frühjahrskonferenzen, auf denen eine Einigung zwischen Österreich und den Westmächten nicht zu erreichen gewesen war, räumt Baumgart ein, daß dieser nach Ausweis der Akten nicht von österreichischer, sondern von französischer Seite gekommen zu sein scheint. Mit dem Ultimatum an Rußland vom 16. Dezember habe Österreich dann allerdings sein ganzes Gewicht in die Waagschale geworfen, um St. Petersburg zur Annahme desselben zu bewegen. Die Art der Übergabe des Ultimatums bezeichnet Baumgart als »ein Meisterstück diplomatischer Taktik. Hier erwies sich Buol, der keineswegs ein Politiker von Format gewesen ist, als ein vollendeter Techniker auf seinem ureigensten Felde, dem der Diplomatie«²³. Ein weiteres Indiz für »die grundsätzliche Abneigung Österreichs« gegen eine Beteiligung am Kriege ist für Baumgart »der dramatische Kampf, den Frankreich im Januar 1856 mit österreichischer Unterstützung gegen die Kriegsbereitschaft der englischen Regierung führte«. Man stößt sicherlich in das Zentrum der Probleme vor, wenn man sich an dem in den Quellen immer wieder auftauchenden Schlüsselbegriff der »Unberechenbarkeit« orientiert, zu der es Österreich nicht habe kommen lassen wollen, indes wird man sich wohl auch fragen müssen, ob Österreich durch sein Verhalten der »Unkalkulierbarkeit« des Geschehens nicht geradezu gefördert habe. Die entscheidende Leistung der österreichischen Außenpolitik erblickt Baumgart darin, eine Lokalisierung des Krieges auf der Krim erzielt und Mitteleuropa dadurch vor einer »guerre universelle« bewahrt zu haben. Daß dahinter die Furcht vor Napoleons revolutionärem Plan eines »Remaniement de la carte de l'Europe« stand, wird gar nicht bestritten. Baumgart spricht vielmehr von einer »aus purem Selbsterhaltungstrieb geborenen Friedenspolitik Österreichs«.

Sieht man von Baumgarts zugespitzter These einer »konsequenten Friedenspolitik« Österreichs einmal ab, die sich, auf den gesamten Verlauf des Krimkrieges bezogen, so wohl kaum durchhalten lassen dürfte, so darf er um so mehr für sich in Anspruch nehmen, den Fragen an die Buolsche Außenpolitik eine zuverlässige dokumentarische Grundlage verliehen zu haben. Der ebenso weitläufige wie schwerfällige Regierungsmechanismus des österreichischen Spätabolutismus gibt den Akten ihr Gepräge. Sie bieten ein Bild vom Kampf um den Kurs der österreichischen Außenpolitik zwischen Militär und Diplomatie, wobei erstere in einer defensiveren Einstellung zu verharren und letztere zu einem offensiveren Vorgehen zu drängen schien. Baumgart selbst wirft eine Reihe von interessanten Fragen auf, ohne diese etwa schon im voraus beantworten zu wollen, so wie die nach Österreichs Stellung unter den Großmächten, Preußen und dem Deutschen Bunde. Österreichs Haltung gegenüber den Donaufürstentümern erweist sich in diesem Zusammenhang als die zentrale Frage von Bedeutung für die österreichische »Friedenspolitik«. Die Donaufürstentümer sollten das neue Fundament in Buols Kon-

22 Ebd. S. 52.

23 Ebd. Band 3, S. 20.

struktion bilden, die eines »Sperrriegels« gegenüber Rußland dringend bedurfte. Österreichs zwiespältige Außenpolitik ist nach allen Seiten gescheitert, gegenüber dem bonapartistischen Frankreich, dem parlamentarischen England, dem konservativen Preußen und dem Deutschen Bunde. So war Italien von Österreich nicht länger zu dominieren, und Rußland hat es sich zum unversöhnlichen Feinde gemacht: Die problematische Vokabel einer »konsequenten Friedenspolitik« verweist auf den Horizont des 20. Jahrhunderts, in dem ein »Weltbrand« mit letzter Konsequenz erst wirklich möglich geworden ist. Die österreichische Krimkriegspolitik ist vielmehr die Resultante zahlreicher aufeinander einwirkender Kräfte gewesen, die in der Verantwortung Buols ihre Richtung erhielten, und die es hinsichtlich ihres Gewichtes und ihrer Neigung auf Grund der vorliegenden Akten erneut zu analysieren gilt, wenn man ein differenzierteres Bild als bisher von diesem so folgenschweren Abschnitt der österreichischen Außenpolitik gewinnen will, wozu diese Edition eine in mannigfacher Hinsicht anregende Grundlage bildet.